

19. Revision des Budgetverfahrens

Parlamentarische Initiative der Geschäftsleitung vom 9. März 2026

KR-Nr. 89/2026

Vizepräsidentin Romaine Rogenmoser, Referentin der Geschäftsleitung (GL): «Ärger, Frust und Streitereien», so fasste der Referent der Geschäftsleitung im Rat vor zehn Jahren die Folgen der ungenügenden Einflussmöglichkeiten des Parlaments im Budgetprozess zusammen. Und bei so viel Unmut war eine Reform sicher angezeigt, aber das heisst nicht, dass eine Reform auch einfach ist. Die damalige Revision brachte schliesslich im Wesentlichen drei Neuerungen: erstens nämlich die Abschaffung der Leistungsmotion zugunsten der verbindlicheren Finanzmotion, zweitens auch die Stärkung der Rolle der Finanzkommission bei Budget und KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) und drittens noch die Zusammenlegung der vormals gestaffelten Beratung von Budget und KEF. Das war nicht nichts, aber der Vorwurf, der Berg habe eine Maus geboren, blieb der Reform nicht erspart, und über die Ansehnlichkeit der Maus gingen die Meinungen auch auseinander. Ein latentes Gefühl der Unzufriedenheit mit dem Verfahren blieb also bestehen, und zudem wirkten die heutigen Budgetdebatten eher auch immer noch als «Chropfleerete» am Ende des Jahres, die aber keine Wirkung erzeugt, weil die Regierung ihr Budget von Jahr zu Jahr trotzdem erhöht. Mit ein paar Jahren Abstand hat die Geschäftsleitung deshalb den Faden wieder aufgenommen. Sie hat die Finanzkommission und die Sachkommissionen beauftragt, die verschiedenen problematischen Punkte des Budgetfahrens zu nennen und auch Lösungsvorschläge zu präsentieren. Auf dieser Grundlage hat die Geschäftsleitung anschliessend alle Aspekte des Budgetverfahrens und der Finanzplanung diskutiert. Im Zentrum der Diskussion standen die KEF-Erklärungen und die Finanzmotionen, die die Finanzplanung über das Budget hinaus betreffen, sowie die Grösse und Zusammensetzung der FIKO (*Finanzkommission*) und deren Verhältnisse zu den Sachkommissionen im Budgetprozess.

Das Ergebnis dieser Arbeit liegt jetzt in Form einer parlamentarischen Initiative vor. Nun gilt es, einen austarierten Entwurf auszuarbeiten, den Regierungsrat und nochmals die Kommissionen einzubeziehen. Der Gesetzesentwurf ist ein Strauss an Ideen, deren politische Zweckmässigkeit nun eingehend geprüft werden soll. Zuerst zum Budgetprozess: Hier geht es vor allem um die Rolle der Sachkommissionen und die Rolle der Finanzkommission bei der Vorberatung des Budgets. Wir wollen die Sachkommissionen auch weiterhin in den Prozess einbinden, weil das aus unserer Sicht zu einer fundierten und breit abgestützten Budgetberatung im Parlament beiträgt. Gleichzeitig wird aber die Rolle der FIKO weiter gestärkt. Konkret heisst das, dass die Sachkommissionen und die Justizkommission den Budgetentwurf beraten und dann Anträge an die FIKO stellen. Diese beschliesst anschliessend definitiv über diese Anträge und trägt sie in den Rat. Wenn sie Anträge aus den Sachkommissionen nicht berücksichtigen will, können diese als Minderheitsanträge im Rat vertreten werden. Dieser stärkeren Rolle der FIKO

wollen wir auch in ihrer Zusammensetzung Rechnung tragen. Neu sollen dort alle Fraktionen vertreten sein.

Dann kommen wir zur Finanzplanung. Hier schlagen wir zunächst eine Änderung zu den KEF-Erklärungen vor. Wir wollen, dass sie künftig mittels Anträgen in die Kommission eingebracht und dort diskutiert und beschlossen werden. KEF-Erklärungen werden zu Kommissionserklärungen und können verändert oder unverändert als Anträge im Rat verabschiedet werden. Der Regierungsrat wird im Umgang mit diesen KEF-Erklärungen insofern stärker in die Pflicht genommen, als er gegenüber dem Kantonsrat begründen muss, wenn er diese nicht umsetzen kann. Und wir schlagen auch vor, dass der Kantonsrat den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan künftig genehmigen soll und nicht mehr nur zur Kenntnis nimmt. Das bedingt neben einer Änderung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung allerdings auch eine Verfassungsänderung.

Bei der Finanzmotion sieht unsere Initiative vor, dass sie künftig wie im Kanton Bern wie ein allgemeiner Vorstoss gehandhabt wird und von Ratsmitgliedern oder Kommissionen ganzjährig eingereicht werden kann. Vorberaten werden sie von der FIKO, die dem Rat Antrag stellt. Der Regierungsrat kann innert zwei Monaten nach Einreichung erklären, ob er die Finanzmotion entgegennehmen will oder sie ablehnt. Mit der Finanzmotion wird der Regierungsrat beauftragt, eine finanzseitig geforderte Massnahme im nächsten Budget oder KEF zu ergreifen. Beschliesst der Kantonsrat eine Finanzmotion, muss der Regierungsrat im nächsten Budget/KEF darlegen, wie er sie umgesetzt hat. Weicht er davon ab, muss er dies eingehend begründen.

Die Geschäftsleitung bittet deshalb mit 10 zu 4 Stimmen den Rat, die PI zu unterstützen, damit die GL nun prüfen kann, ob diese Ideen mehrarbeitsfähig sind, sodass wir unsere Rolle beim Budget und in der Finanzplanung wirkungsvoll und effizient neu definieren können.

Eine Minderheit findet den Strauss an Massnahmen aber nicht zielführend und möchte das alte System beibehalten.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Das heutige Budgetverfahren überzeugt nicht. Das stellte ich vor allem fest, als ich noch Finanzkommissionspräsident war und das Ganze begleiten durfte. Es produziert Aufwand, aber zu wenig Wirkung. Die Sachkommissionen beraten, investieren Zeit, und am Schluss entscheidet der Rat mit einem einfachen Pauschalantrag. Das ist weder effizient noch befriedigend. Noch gravierender: Wir steuern zu spät. Die grosse finanzpolitische Weichenstellung passiert heute faktisch ausserhalb des Parlaments. Die Budgetdebatte am Jahresende ist oft eine Alibiübung ohne echte Wirkung.

Genau hier setzt diese Revision an, und das ist richtig. Sie verlagert die parlamentarische Steuerung dorthin, wo sie wirkt, nämlich in den KEF. Die Mehrjahresplanung wird genehmigungspflichtig. Damit wird sie zum echten Beschluss dieses Rates, nicht mehr nur eine Kenntnisnahme, das ist ein wesentlicher Unterschied. Der Regierungsrat hat das Budget als sein Instrument zur Umsetzung seiner Aufgaben, wir haben den KEF als unser Instrument zur strategischen Steuerung, und der erhält mehr Gewicht, klare Rollen, klare Verantwortung.

Die weiteren Anpassungen stützen diesen Kern. KEF-Erklärungen werden in den Sachkommissionen vorberaten, dort, wo die Sachkenntnis liegt. Die neue Finanzmotion wird endlich ein griffiges Instrument, das seinem Namen auch entspricht. Und jede Fraktion erhält einen Sitz in der Finanzkommission, das stärkt die parlamentarische Breite. Für mich ist das keine parteipolitische Frage, es ist eine institutionelle Frage. Es geht um die Stärkung der Legislative gegenüber dem Regierungsrat. Wer den Status quo verteidigt, akzeptiert implizit, dass das Parlament zu spät kommt, dass wir am Schluss nur noch reagieren statt gestalten.

Die Linke sagt, das heutige System genüge, davon gehe ich aus. Wir sagen: Nein, wir wollen ein Parlament, das steuert, nicht eines, das nur kommentiert. Diese Vorlage bringt genau das, mehr Verbindlichkeit, mehr Wirkung. Die SVP-Fraktion unterstützt diese parlamentarische Initiative mit Überzeugung. Ich danke Ihnen.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Ich kann es gleich vorwegnehmen, die SP wird diese PI nicht vorläufig unterstützen. Ich werde etwas länger sprechen, auch deshalb, weil die Referentin der Geschäftsleitung es verpasst hat, die Argumente der Minderheit, weshalb wir diesen Strauss an Ideen, wie es formuliert wurde, nicht unterstützen, etwas auszuführen. Es gehe darum, das Budget- und das KEF-Verfahren wirkungsvoller und effizienter zu machen, hat die Referentin der Geschäftsleitung gesagt. Die Effizienz der Budgetberatung: Diese Budgetdebatte Ende Jahr, die in den vergangenen Jahren – nicht in den letzten zwei, aber früher – manchmal vier ganze Tage in Anspruch genommen hat und vom Kantonsrat, von den vorbereitenden Kommissionen, auch von den Parlamentsdiensten doch auch einige Ressourcen gebraucht hat, diese zum Teil als langfädig beurteilte Budgetdebatte, der eben mangelnde Effizienz vorgeworfen wurde, das war der Grund dafür, weshalb in der GL über das Budgetverfahren gesprochen wurde. Und ich möchte jetzt, bevor ich auf die einzelnen Ideen eingehe, noch ein paar grundsätzliche Dinge sagen:

Das Budget ist der Ausfluss von dem, was wir unter dem Jahr hier drin tun. Und manchmal habe ich den Eindruck, dass das Budget dann dazu führt, dass man, wenn man es unter dem Jahr verpasst hat, sich in Szene zu setzen, das dann Ende Jahr zwischen September und Dezember nachholen will mit möglichst vielen Budget- und KEF-Anträgen. Das ist aber nicht so, wie unser Budget funktioniert, und das ist auch nicht so, wie wir es behandeln sollten. Wir wissen aus der Antwort des Regierungsrates auf das Postulat 255/2017, übrigens ein Postulat, das von der rechten Seite gefordert wurde, wo es um die Beeinflussbarkeit des Staatshaushaltes ging, dass unser Budget zu 94 Prozent – und das sollten Sie jetzt wirklich endlich einmal zur Kenntnis nehmen – zu 94 Prozent aus gebundenen Ausgaben besteht, die durch kantonale Gesetze, Interkantonale Vereinbarungen oder durch Bundesvorgaben bestimmt sind. Das heisst, die «Manövriermasse» – in Anführungszeichen – die wir vielleicht noch haben, liegt gerade einmal bei ungefähr 6 Prozent. Wenn Sie also ein anderes Budget wollen, dann müssen Sie unter dem Jahr Politik machen, dann müssen Sie die Gesetze ändern und dann müssen Sie eben klar sagen, welche Leistungen des Service public Sie nicht mehr wollen, das

müssen Sie dann tun. Aber das wollen Sie nicht, aber um das ginge es Ihnen eigentlich. Gleichzeitig, und das ist ja dann auch interessant: Während Sie Ende Jahr in einen Budget-Aktivismus oder vielleicht auch -Fetischismus, könnte man sagen, verfallen, interessieren Sie sich dann im Frühsommer relativ wenig für die Rechnung, was auch sehr erstaunlich ist, denn das Budget ist ja nur die Idee, wie man es machen will. Die Rechnung, das ist die Musik, die spielt, denn dort sehen wir dann, was herausgekommen ist. Aber das interessiert ja dann auch die bürgerliche Ratsseite relativ wenig.

Gut, vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage ist es eben auch klar, dass dieser vorgeschlagene Strauss an Ideen relativ wenig taugt. Ich beginne mit der geplanten Verfassungsänderung: Wir sind sehr der Meinung, dass sich die Kompetenzaufteilung zwischen Exekutive und Legislative, wie sie auch in der Verfassung festgeschrieben ist, bewährt hat, und wir halten diese Verfassungsänderung, wie sie geplant ist, für einen viel zu operativen Eingriff. Und wir können doch nicht eine Volksabstimmung ansetzen, weil der Kantonsrat nicht in der Lage ist, das Budget effizient zu beraten und sich auf das Wesentliche zu beschränken.

Dann die Idee mit den KEF-Erklärungen, die gestärkt und verbindlicher gemacht werden sollen. Es gibt ja zwei Gründe, weshalb der Regierungsrat die KEF-Erklärungen von uns zu grossen Teilen, das stimmt jeweils, nicht umsetzen will. Die KEF-Erklärungen von links will er aus ideologischen Gründen nicht umsetzen, weil sie wesentlich darauf abzielen, Investitionen in die Infrastruktur und in die Ökologie zu tätigen. Das will der Regierungsrat einfach nicht, deswegen setzt er sie nicht um. Die KEF-Erklärungen von der rechten Ratsseite setzt er meistens nicht um, weil sie, mit Verlaub, häufig einfach extrem schludrig gemacht sind (*Zwischenrufe*). Sie sind nicht zu Ende gedacht und sie gehen am Ende nicht auf. Und oftmals verletzen sie auch geltendes Recht und dann kann der Regierungsrat sie natürlich nicht umsetzen. Eine Verbindlicherklärung der KEF-Erklärung wird daran nichts ändern, denn KEF-Erklärungen können einfach nicht Gesetze übersteuern und das werden sie auch in Zukunft nicht können. (*Der Ratspräsident unterbricht die Votantin.*)

Ratspräsident Beat Habegger: Geschätzte Kollegin, kommen Sie langsam zum Schluss.

Sibylle Marti fährt fort: Genau, auch die Idee der Finanzmotion ist mit Problemen behaftet, da wird Ähnliches passieren. Auch mit einer Finanzmotion werden wir nicht in einem Fast Track Gesetze ändern können, auch das lehnen wir ab. Und die Vorberatung des Budgets, da wollen wir einfach auf keinen Fall eine Schwächung der Sachkommissionen sehen...

Ratspräsident Beat Habegger: Nein, geschätzte Kollegin, Sie haben Ihre Redezeit schon deutlich überschritten. Vielen Dank.

Claudio Zihlmann (FDP, Zürich): Ich versichere Ihnen, ich halte mich an die Redezeit und werde auch entsprechend ein bisschen leiser zu Ihnen sprechen.

Die FDP-Fraktion unterstützt die PI vorläufig und will somit, dass die bereits getätigten Arbeiten weitergeführt werden. Im Kern geht es darum, den Budgetprozess zu verschlanken und zu vereinfachen, aber insbesondere auch, das Parlament im Budgetverfahren gegenüber dem Regierungsrat, der Exekutive, in einigen wesentlichen und entscheidenden Punkten zu stärken. Ein Kernelement ist, dass der Kantonsrat, wie es bereits genannt wurde, den KEF neu genehmigen soll. Wichtig für die FDP-Fraktion ist indes, dass der Inhalt dieser vorliegenden PI ein Gesamtpaket darstellt. Die Revision des Budgetverfahrens soll nicht dazu führen, dass lediglich einzelne Punkte des Inhalts der PI zu Begehrlichkeiten führen, wie zum Beispiel die Erhöhung der FIKO auf mehr Mitglieder, sondern es ist ein Gesamtpaket, und deswegen sollte es auch als dieses angesehen werden. Denn nur so, als Gesamtpaket, kann das Ziel dieser PI, nämlich die Stärkung des Kantonsrates in Bezug auf das Budget und die Finanzplanung, auch in der Tat hoffentlich mehrheitsfähig umgesetzt werden.

Die FDP unterstützt die vorliegende PI. Vielen Dank.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Ich bin erstaunt über die lange Diskussion, dachte ich doch, es gehe nur darum, dass wir den Prozess heute anstossen und die Geschäftsleitung definitiv in eine Gesetzesberatung einsteigen kann. Dass man einen Prozess, der alle Jahre einmal überprüft werden sollte, angeht und dann auch revidiert, ist aus unserer Sicht eine ganz normale Angelegenheit. Da es nicht um ein Gesetz geht, das die Regierung per Vorstoss anstossen kann, ist es hier notwendig, dass die Geschäftsleitung selbst eine PI oder eine Motion vorlegt und hier den Antrag an den Kantonsrat stellt, dass wir eben genau diesen Prozess, diese Revision angehen. Dass wir nun eine PI vorliegen haben, bei der man schon etwas genauer sieht, um was es geht, und inhaltlich schon etwas die Stossrichtung erkennen kann, finden wir nur richtig und korrekt. Man hätte aber auch eine Motion vorlegen können, in der es einfach hiesse «Die Geschäftsleitung wird beauftragt, den Budgetprozess zu revidieren», der Titel, wie er heute auf dem Bildschirm (*im Ratssaal*) zu sehen ist. Dann hätten wir auch über Inhalt gesprochen, aber niemand hätte gewusst, von was wir reden. Entsprechend ist die PI, so wie sie vorliegt, aus unserer Sicht korrekt und richtig.

Der wichtigste Punkt wurde hier noch nicht genannt, wir haben im Budgetprozess einen markanten demokratischen Mangel: Nicht sämtliche Fraktionen sind in der FIKO bereits vertreten. Damit werden in der Vorbereitung des Budgets nicht alle Fraktionen gleich behandelt. Es gibt hier Ungerechtigkeiten und Disbalancen. Das ist aus unserer Sicht absolut notwendig zu korrigieren. Dieser Schritt wird in der PI mit einem ganz kleinen Satz korrigiert. Das ist aus unserer Sicht der zentralste und wichtigste Punkt. Wir unterstützen diese Revision und diese Korrektur.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Urs Waser, der jetzt nicht hier ist, jetzt betreiben wir die Selbstbeschäftigung, jetzt reden wir wieder einmal über das Budget, wie wir es schon in den letzten zehn Jahren immer wieder gemacht haben. Wir reden darüber, ob wir diesen Budgetprozess verändern. Ich glaube, das ist eine ewige Leier, die nie aufhören wird. Entsprechend gebe ich dieser PI auch

nicht viel Innovationspotenzial. Es ist ein Strauss von ganz viel Verschiedenem, der in unterschiedliche Richtungen zieht und der noch alles andere als klar ist. Als Hauptintention sehe ich da, dass man die Finanzplanung vom Kantonsrat aus mittelfristig beeinflussen kann, und da müssen Sie sich fragen, was das bringt. Ganz klar, wie können wir den mittelfristigen Ausgleich so beschönigen, indem wir Finanzmationen machen, die veranschlagen, dass in vier Jahren die Ausgaben so hoch sind und die Einnahmen so hoch sind? Das sind aber Dinge, die in den Sternen stehen, die man vielleicht ein bisschen voraussagen kann, einschätzen kann, aber politisch bestimmen kann man sie nur, wenn man in der Gegenwart Absichten hat, zum Beispiel den Steuerfuss zu senken oder andere Kürzungen zu machen, einfach weil man weiss, dass es sich ja so oder so entwickeln wird. Eine solche Festlegung der mittelfristigen Finanzplanung per KEF oder Finanzmotion ist politisch, aber nicht haushälterisch. Deshalb sind wir hier an diesem Punkt vonseiten der Grünen durchaus auf Seite der Regierung. Die Regierung pflegt einen haushälterischen Umgang – Haushalt heisst Ökonomie –, pflegt einen ökonomischen Umgang mit unseren Finanzen, während Sie einen politischen führen wollen. Das heisst: Auf der rechten Ratsseite ist der Wunsch Vater des Budgetgedankens, während bei der Regierung und durchaus auch auf der linken Seite die Einschätzung der Entwicklung, wie sich die Finanzen in Zukunft gestalten werden, Vater des Gedankens ist. Ich denke, da sollte man den Bogen nicht überspannen. Ideologisieren Sie das Budget nicht zu stark.

Ja, Frau Rogenmoser, ich muss also schon sagen, da komme ich jetzt nicht drum herum: Sie hätten uns alle hier vertreten sollen. Sie erwähnen die Minderheit in genau einem einzigen Satz, so geht das natürlich nicht. Also ich hoffe, als Ratspräsidentin werden Sie beide Seiten ein bisschen adäquater vertreten.

Ebenso möchte ich daran erinnern, dass der grösste Teil der Ausgaben in diesem Budget auf der Grundlage von Gesetzen oder nationalen Regelungen erfolgt ist. Es ist also so, dass die Steuerungs menge sehr, sehr klein ist. Und ich denke, wenn ich die Effekte unserer Budgetberatungen anschau, wenn ich schau, wie viel effektiv hier verändert wird am Budget – ich habe schon Budgetdebatten erlebt, da wurden 18 Millionen Franken eingespart nach einer sechsteiligen Budgetsitzung –, dann muss ich sagen: Um was geht es Ihnen? Was ist Ihr Zweck mit dieser Veränderung hier? In der Regel machen wir ja gar nichts, wir reden nur.

Schliesslich möchte ich noch sagen: Wenn man die Legislative stärken will, so wie es gesagt worden ist, warum kürzen Sie dann unseren Sitzungsrhythmus, warum sorgen Sie dafür, dass unsere Vorstösse und unsere Geschäfte länger auf der Traktandenliste sind? Damit könnten Sie das Budget steuern, indem die Vorstösse hier behandelt werden, indem Gesetze gemacht werden, die dann auch Finanzauswirkungen haben. Aber da wollen Sie auf die Bremse stehen, indem Sie seit Jahren jetzt immer wieder vonseiten der SVP an diesem Sitzungsrhythmus des Kantonsrats kürzen wollen. Und das führt ja bloss dazu, dass die Geschäfte länger herumliegen und die Effizienz dieses Rates abnimmt.

Zum Schluss. Diese Vorlage, wie sie da ist, führt nicht zu einer Verschlinkung des Prozesses, wie gesagt worden ist, es führt zu einer Komplexität des Prozesses,

macht alles noch schwieriger. Ich glaube, wir leisten uns hier mit dieser Selbstbeschäftigung einen Bärenienst.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Dass wir in der Budgetdebatte kaum Einfluss haben, dass unser Einfluss marginal ist, das ist der Mitte seit eh und je bewusst, deshalb erachten wir den Prozess, so wie er ist, als unbefriedigend. Insbesondere was es denn kostet, sprich Zeit und Sitzungsgeld, Aufwand versus Nutzen, was dabei herauskommt, das erachten wir als nicht befriedigend und fragen uns jeweils am Ende der Budgetdebatte: Was haben wir jetzt hier gemacht, was haben wir da vollbracht? Dass die Musik, wie meine Vorrednerin gesagt hat, in der Jahresrechnung spielt, damit sind wir einverstanden. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir im Budgetverfahrenprozess später dann auch den Umgang mit der Jahresrechnung und den Konsequenzen, die wir daraus ziehen können oder sollen, durchaus ebenfalls anschauen sollten.

Ich picke zwei Punkte heraus: Einmal ist da die neu angedachte Zusammensetzung der FIKO, in der zukünftig alle Fraktionen vertreten sein sollen, das unterstützen wir. Die FIKO nimmt Querschnittsaufgaben wahr, welche alle Kommissionen tangieren. Deshalb ist das gerade für die kleinen Fraktionen enorm schwierig. Wenn dort niemand Einsitz hat, fehlt enormes Wissen, und da sind wir der Meinung, dass das korrigiert werden sollte. Die FIKO ist mit allen Fraktionen aufzustocken.

Der zweite Punkt, das sind die KEF-Erklärungen: Diese sind unserer Meinung nach zahnlos, das sind Alibiübungen, die wir durchmachen. Früher ging der Prozess ja noch viel länger, jetzt sind wir immerhin effizienter, indem wir Budget und KEF zusammen betrachten. Nichtsdestotrotz werden die KEF-Erklärungen für meist politische Positionen – ich sage dem – missbraucht. Entweder machen wir die KEF-Erklärungen zukünftig verbindlicher, oder von uns aus kann man sie sonst, so wie sie heute vorliegen, auch abschaffen. Solche Rundumschläge, wie wir sie auch von der SP-Rednerin gehört haben, hören wir regelmässig auch in den KEF-Erklärungen, und das können wir uns ersparen.

Die Mitte überweist die PI und möchte den Budgetprozess optimieren. Danke.

Markus Schaaf (EVP, Zell): In unserer Analyse zum «Wo liegt das Potenzial, den Budgetprozess zu optimieren?» kommen wir zur Lösung: Das Problem ist eigentlich das Schaulaufen von Einzelpersonen und Parteien, die jeweils das Budget missbrauchen, um jedes Jahr, Jahr für Jahr, ihre gleichen Vorstösse zu bringen. Und das Parlament tappt jedes Mal in die Falle und lässt sich auf Diskussionen ein. Ich nenne jetzt gar keine Stichworte, jeder weiss, wovon ich rede. Trotzdem sehen wir eine Chance, den Budgetprozess zu optimieren. Denn wer über Geld entscheidet, entscheidet über Prioritäten. Und wer über Prioritäten entscheidet, trägt Verantwortung für das Vertrauen, das die Bevölkerung in uns setzt. Und genau hier setzt das Budgetverfahren an, das revidiert werden soll.

Heute haben wir ein System, das in Teilen zu kompliziert, zu wenig klar strukturiert und in Teilen auch zu wenig verbindlich ist. Mit der neuen, vorliegenden

Vorlage sehen wir eine Chance, mehr Ordnung, mehr Transparenz und mehr politische Steuerung in die Finanzprozesse unseres Kantons zu bringen. Ein zentraler Punkt ist dabei die Aufwertung des konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans. Neu soll dieser nicht einfach zur Kenntnis genommen, sondern eben genehmigt werden. Das ist sicher eine massive Hürde, die hier neu gestellt wird. Das ist ein wichtiger Schritt, denn wer plant, muss auch Verantwortung übernehmen. Der KEF wird damit vom Papier zu einem echten Steuerungsinstrument, das Wirkung erzielen soll.

Ein zweiter entscheidender Fortschritt betrifft die sogenannten KEF-Erklärungen. Diese werden verbindlicher ausgestaltet und näher an die Fachkommissionen gebracht. Damit wird die inhaltliche Diskussion gestärkt, dort, wo das Fachwissen sitzt. Und es führt dazu, dass politische Forderungen nicht einfach im Raum stehen bleiben, sondern umgesetzt oder zumindest begründet abgelehnt werden müssen.

Und der dritte Punkt: Die Rolle der Finanzkommission wird geschärft. Sie erhält eine klare, stärkere Funktion im Prozess, und gleichzeitig wird damit sichergestellt, dass alle Fraktionen in der Finanzkommission vertreten sind. Das ist aus Sicht der EVP der zentrale Punkt. Die Finanzkommission muss breit abgestützt sein. Aus unserer Sicht war diese Kommission bisher so etwas wie eine Dunkelkammer. Damit gebe ich keine Wertung über die Arbeit der FIKO ab, sie ist uns einfach nicht bekannt, weil sie eben im Verborgenen geschieht.

Und schliesslich schafft die neue Ausgestaltung der Finanzmotion Möglichkeiten, unterjährig Einfluss zu nehmen. Das macht unser System flexibler und reaktionsfähiger. Die EVP steht für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik und das bedeutet für uns Klarheit in den Prozessen, Verbindlichkeit in den Entscheidungen und Transparenz gegenüber der Bevölkerung. Wir sehen, wie gesagt, eine Chance, dass diese Revision des Budgetprozesses diese Kriterien erfüllt. Deshalb wird die EVP die Vorlage unterstützen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Das Budgetverfahren hat eine mehrjährige, konfliktreiche Vorgeschichte. Die Geschäftsleitung hat fast jährlich Verbesserungen vorgenommen, die sich im Nachhinein aber nicht immer als Verbesserungen erwiesen. Die Konflikte und das Kompetenzgerangel zwischen der FIKO und den Sachkommissionen wurden auch mit den alljährlichen Neuerungen nicht aus der Welt geschafft.

Die Konfliktlinien waren vielfältig. In den vergangenen Jahren wurden die Anträge der Sachkommissionen je länger, je mehr von den Pauschal- und Sammelanträgen der FIKO übersteuert. Mit den Pauschal- und Sammelanträgen war die Budgetarbeit der Sachkommissionen schnell einmal für die Katz.

Konflikte gab es auch zwischen den grossen und kleineren Fraktionen. Die beiden kleineren Fraktionen AL und EVP sind ja bekanntlich nicht in der FIKO vertreten. Uns fehlte das Wissen, über das die FIKO-Mitglieder dank ihrer weitergehenden Informationsrechte verfügten. So fehlte uns vor einigen Jahren schlichtweg die

Information über die Priorisierungslisten des Regierungsrates. Wie sollen gewählte Vertreterinnen und Vertreter ihre Arbeit seriös machen, wenn sie vom politischen System ausgeschlossen werden?

Konflikte gab es aber auch zwischen Regierungsrat und Parlament. Das Parlament konnte so viele KEF-Erklärungen überweisen, wie es wollte, vom Regierungsrat wurde es aber regelmässig ausgebremst. Mit teilweise lapidaren Begründungen wurden die KEF-Erklärungen Monate später vom Regierungsrat versenkt. Der Regierungsrat sass ganz einfach am längeren Hebel. Wenn ich mich recht erinnere, stand das Parlament einmal auf die Hinterbeine und reichte eine Finanzmotion nach der Ablehnung der KEF-Erklärung ein. Das Parlament erlitt aber einen grandiosen Schiffbruch, den es selber verschuldete. Mit der Finanzmotion erlitt es Schiffbruch, weil es für die Forderung keine rechtliche Grundlage gab. Das Parlament hätte zuerst eine ganz normale Gesetzesänderung anstossen müssen, erst danach hätte die Finanzmotion einen Sinn gemacht.

Die Schwierigkeiten mit dem Budgetverfahren hängen aber auch damit zusammen, dass 95 Prozent der Ausgaben gebundene Ausgaben sind. Es gibt im Budgetprozess nur einen minimalen Spielraum. Selbstkritisch müssen wir uns eingestehen, dass es sich bei der jährlichen Budgetdebatte um einen müden Tanz um das goldene Kalb handelt. Vor allem die bürgerlichen Parteien vollführen einen Schönheitswettbewerb im Phrasendreschen über Sparen und darüber, wie locker man Personal abbauen kann. Erfolgreich sind sie damit nicht, denn auch der bürgerliche Regierungsrat bremst sie regelmässig aus.

Fazit: Der Handlungsspielraum des Parlaments in Sachen Budget ist sehr, sehr klein. Für die Alternative Liste besteht Handlungsbedarf und wir begrüssen die Reformvorschläge, die das Parlament stärken. Ziel der vorliegenden PI ist es, die Finanzplanung stärker zu gewichten, die FIKO zu vergrössern, sodass alle Fraktionen vertreten sind, die KEF-Erklärungen mit der Finanzplanung zu verknüpfen, die Kompetenzen von FIKO und Sachkommissionen zu klären und mit der Einführung einer neuen Finanzmotion dem Parlament ein stärkeres finanzpolitisches Instrument in die Hand zu geben. Wir sind also nicht mit allen Vorschlägen einverstanden, vor allem unterstützen wir die Verfassungsänderung nicht. Aber insgesamt unterstützen wir die PI, weil wir finden, dass es grossen Verbesserungs- und Handlungsbedarf gibt. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Sibylle Marti (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es tut mir leid, dass ich Sie noch einmal behelligen muss, aber mir scheint es schon wichtig, dass wir uns über die verschiedenen Punkte im Klaren sind, die diese PI alle umreisst und dass wir dann eben auch wissen, worüber wir abstimmen. Und mir ist es auch sehr wichtig, zu erläutern, weshalb wir mit den allermeisten vorgeschlagenen Änderungen, die in dieser PI angeregt werden, eben nicht einverstanden sind. Und ein wesentlicher Punkt erscheint mir schon auch die Frage, wie sozusagen die Kompetenz im Budgetprozess zwischen Sachkommissionen und Finanzkommissionen verteilt ist. Und der Vorschlag, so wie er jetzt daliegt, der sieht ja vor, dass dann die Anträge eigentlich nur noch über die Finanzkommissionen in den Rat kommen sollen. Das heisst, dass die Arbeit, die in den Sachkommissionen vorher gemacht

wurde, wo auch die inhaltliche Kompetenz zu den einzelnen Leistungsgruppen liegt, dann sozusagen unsichtbar gemacht wird. Natürlich kann man dann in der Finanzkommission Minderheitsanträge stellen. Aber das gibt dann insgesamt nicht weniger Budgetanträge, wenn einfach alle Anträge, die in der Finanzkommission unterliegen, die aber in der Sachkommission eine Mehrheit hatten, als Minderheitsanträge in den Rat kommen. Also es wird auch keine effizientere oder einfachere Debatte, weil dann nämlich auch noch Anträge ad hoc in der Budgetdebatte gestellt werden, damit man sie noch einbringen kann. Also auch dieser Vorschlag ist einfach nicht zielführend und wird eben nicht zu mehr Wirksamkeit und Effizienz führen.

Der einzige Punkt in dieser ganzen PI, den wir unterstützen – das haben wir aber auch von Anfang an gesagt und auch schon früher gesagt –, ist, dass alle Fraktionen in der Finanzkommission vertreten sein sollen. Das ist natürlich sinnvoll, weil es sonst für die kleineren Fraktionen, die da nicht vertreten sind, extrem schwierig ist, den Budget- und KEF-Prozess sinnvoll zu begleiten. Das ist die einzige sinnvolle Massnahme dieses Reformpakets, aber das reicht für uns natürlich bei weitem nicht, um diese PI zu unterstützen.

Ich komme jetzt dann zum Schluss, damit ich vom Kantonsratspräsidenten nicht nochmals abgemahnt werde. Ich möchte Sie einfach wirklich bitten, Sie wissen es alle: Machen Sie unter dem Jahr Politik, ändern Sie Gesetze, wenn Sie das wollen, aber hören Sie auf, so viel Aktionismus in die Budgetdebatte zu legen. Und wenn Sie das nicht mehr tun, haben wir auch kein Effizienzproblem mehr und dann können wir das gut in ein oder zwei Sitzungen abhandeln, so wie andere Vorlagen auch.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) spricht zum zweiten Mal: Danke, ich gratuliere der SP für ihre tiefe Selbstreflexion, dass wir ihre KEF-Anträge neu als Musterbeispiele nehmen können, weil unsere ja alle «unter einer Sau» sind. Ich möchte eigentlich sagen, der Punkt, worauf wir spielen, und das wurde, glaube ich, von den Grünen und der SP nicht verstanden: Wir wollen ja eben den Fokus vom Budget wegnehmen, mehr in die Finanzplanung. Denn ein Budget, das ist wie die Torte, die fertig ist, da gebe ich Ihnen recht. Wenn wir dann im Dezember noch die Kerzchen verschieben und ein bisschen den Schlagrahm wegnehmen und sagen, «wir wollen eine Schicht weniger», dann macht das alles nicht so wirklich Sinn und das ist genau das. Thomas Forrer gibt mir sogar recht, es ist eine Alibiübung. Er sprach von 18 Millionen, die wir mal gespart haben. Ja, das ist genau das, was wir auch sagen, und deshalb wollen wir diesen Prozess anstossen. Wir diskutieren diese Themen dann auch sehr tief mit Ihnen in der Kommission, damit wir dort evaluieren und dann auch entscheiden, wie wir das besser gestalten können. Es ist auch heute schon so, dass halt mit den Sachkommissionen dann die FIKO all diese Kommissionsanträge prüft, anschaut und dann in den Rat bringt. Das gibt eine bessere Kontrolle, eine bessere Qualität. Es ist jetzt ein bisschen ein Durcheinander, wer den Mehrheits- und wer den Minderheitsantrag hat, der wechselt dann immer, je nach Mehrheitsverhältnis FIKO–Sachkommission. Also ich

glaube einfach, den Status quo zu verteidigen, ist doch sehr schwierig oder zeigt mir ein bisschen mangelndes Verständnis.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Nein, Herr Weidmann, wir haben es verstanden. Wir haben ganz klar auch vorhin gesagt, dass Sie die mittelfristige Finanzplanung im Auge haben, und genau das habe ich vorhin bemängelt. Es ist nämlich ein Einfaches, zu sagen, was wir 2031 für Einnahmen machen sollen und was wir für Ausgaben haben sollen in globo. Die grosse Kunst ist doch, zu sehen, wo genau, und da wollen Sie wie immer auf den grossen Zahlen surfen, und die Verantwortung für das Kleingedruckte möchten Sie dann dem Regierungsrat überlassen. In der Budgetdebatte besprechen wir eben das Kleingedruckte, da reden wir darüber, wo genau. Da geht es um die Verteilung. Und wehe, es würde falsch verteilt, da würden Sie ja dann auch aufjaulen. Also einfach sagen, «2034 oder 2031 müssten wir da sein, finanziell an diesem Punkt sein, weil wir es gerade ideologisch so wollen», ich glaube nicht, dass das geht. Es heisst nicht umsonst «Finanzhaushalt». Es heisst «Finanzhaushalt», weil man haushälterisch mit Einnahmen und Ausgaben umgehen und sorgfältige Planungen machen muss. Und irgendwelche ideologischen Vorgaben verträgt unser Finanzhaushalt, glaube ich, nicht.

Ratspräsident Beat Habegger: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 89/2026 stimmen 112 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Beat Habegger: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative dann behandeln.

Das Geschäft ist für heute erledigt.